Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Abend-Ausgabe. Dienstag, den 27. April 1880. Nr. 194.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 26. April

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Staatsminister Hofmann mit mehreren Kommissarien.

Tagesordnung:

Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung und zwar zunächst der Antrag auf Abänderung des § 32 (Gewerbebetrieb der Schauspiel-Unternehmer.)

Referent Abg. Freiherr v. Soden empfiehlt Namens der Kommission die Annahme folgenden Gesetz-Entwurfes: Der § 32 der Gewerbeordnung wird wie folgt abgeändert:

„Schauspiel-Unternehmer bedürfen zum Betriebe eines Gewerbes einer Erlaubniß. Dieselbe ist zu versagen, wenn die Behörde auf Grund von Thatsachen die Ueberzeugung gewinnt, daß der Nachsuchende die zu dem beabsichtigten Gewerbebetriebe erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere in sittlicher, artistischer und finanzieller Hinsicht nicht besitzt."

(Der jetzt in Kraft stehende § 32 lautet:

„Schauspiel-Unternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der Erlaubniß. Dieselbe ist ihnen zu ertheilen, wenn nicht Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun. Beschränkungen auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen sind unzulässig.")

Der Referent führt zur Begründung des Kommissionsbeschlusses aus, daß nach der Meinung der Kommission der Begriff „Zuverlässigkeit" etwas weiter gefaßt werden müsse, wenn der Werth der Theater nicht noch tiefer sinken solle. Die Kommission hat deshalb die in dem Antrage vorgeschlagene Fassung gewählt, weil nach demselben die Zuverlässigkeit auch nach der sittlichen, artistischen und finanziellen Seite hin erweitert wird. Der Redner führt dann weiter aus, daß die allgemeine Ansicht der Bühnenverständigen dahin gehe, daß das Theater im Niedergange begriffen, und wenn dieser Niedergang auch noch weiter zurück datire, so sei er doch seit Erlaß der Gewerbeordnung akut geworden. Er bitte deshalb um Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Obgleich ich von vornherein der Ansicht war, daß aus diesem Antrage nicht gerade etwas sehr Ersprießliches hervorgehen würde, so habe ich ihn doch mit Freude begrüßt, weil er mir geeignet erschien, die allgemeine Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet hinzulenken. Der Referent hat schon gesagt, daß der Niedergang des Theaters nicht gerade erst von der Zeit der Gewerbeordnung datire, daß er aber seit dieser Zeit akut geworden. Ich will dieses Letztere zugeben, aber wenn es sich darum handelt, auf dem Wege der Gesetzgebung, durch Beschränkung der nationalen Freiheit, Abhülfe zu schaffen, so muß man sich doch fragen: wo ist der letzte Grund des Uebels, wie hat es sich entwickelt? Dieselben Mängel in ästhetischer und sittlicher Beziehung sehen wir auch in den höchsten Kreisen. Man spricht von den ehebrecherischen Skandalen, die auf der Bühne aufgeführt werden. Nun, auf den neuen, seit Erlaß der Gewerbeordnung errichteten Theatern sind diese Skandale am allerwenigsten vorgekommen; viel häufiger ist dies geschehen auf den alten, finanziell gut situirten Theatern. Der Niedergang des Theaters hat auch schon darin seinen Grund, weil der Zug zum Theater vollständig aufgehört hat. Der junge Mann gehe heute lieber zur Börse und zur Journalistik als zum Theater. Auf der anderen Seite haben die Behörden diesem Gegenstande nicht diejenige ernste Aufmerksamkeit zugewendet, die ihm gebührt. Haben wir hier an der königlichen Bühne etwa Musterbilder? Sind wir hier in Berlin einmal zu Mustervorstellungen gekommen? Man sagt, das ist die Schuld des Publikums, aber sie liegt wohl noch mehr an den privilegirten Bühnen. Der Schwerpunkt liegt aber in dem Mangel an tüchtigen Schauspielern, und diesem Mangel kann nicht mehr in der alten Weise abgeholfen werden, sondern nur dadurch, daß der Staat ebenso für die Schauspieler Bildungsanstalten errichtet, wie er dies bereits für die Musikanten gethan hat. Mit Polizeiverboten ist Abhülfe nicht geschaffen. (Beifall.)

Abg. v. Kleist-Retzow kritisirt das gegenwärtige Theater als die Stätte der Entsittlichung. Derartige Erscheinungen seien allerdings nicht mit Polizeimitteln zu beseitigen, trotzdem müsse man gegen die Ausbreitung des Uebels vorgehen. Die Theaterfreiheit wolle der Antrag nicht beseitigen, er enthalte nur eine Deklaration des § 32. Die gegenwärtig von der Kommission vorgeschlagene Fassung sei eine solche, wie sie etwa das Oberverwaltungsgericht aussprechen würde. Redner bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Dr. Baumbach: Er und seine nationalliberalen Freunde hätten gegen die Tendenz des Antrages, der Unsittlichkeit auf dem Gebiete des Theaters mit Entschiedenheit entgegenzutreten, nichts einzuwenden. Aber sie glauben, daß ein solches Entgegenwirken schon geschehen könne auf Grund des bestehenden § 32 der Gewerbeordnung, und es sei nicht anzunehmen, daß durch die Anwendung des § 32 dieser Zweck besser erreicht werden würde. Sie würden deshalb gegen den Antrag stimmen, denn es sei auch bedenklich, den Verwaltungsbehörden so weitgehende Befugnisse einzuräumen.

Abg. v. Helldorff-Bedra ist für den Antrag, der um so nothwendiger sei, als sich der Einfluß des Theaters auf das Volk in den letzten Jahren geradezu verzehnfacht habe und man genau darauf achten müsse, daß dieser Einfluß in der Richtung der sittlichen Hebung, nicht aber der Entsittlichung geltend gemacht werde.

Abg. Richter (Hagen): Dieser Antrag beabsichtigt weiter nichts, als alle kleineren Theater zu Gunsten der Hoftheater zu unterdrücken. Die ganze Agitation geht von dem Vorstand der deutschen Bühnengenossenschaft aus, dessen Leiter der Generalintendant von Hülsen ist. Kann man denn im Ernste von Theaterfreiheit sprechen? Wir haben ebensowenig Theaterfreiheit, wie eine Preßfreiheit. Nicht ein einziges Stück kann aufgeführt werden, ohne daß die Polizei selbst es in allen seinen Einzelheiten genehmigt hat. Selbst die Schürze der Muse wird in allen Einzelheiten von der Polizei abgemessen (Große Heiterkeit). Wenn man auf den „Geschundenen Raubritter" hingewiesen, so ist derselbe nicht schlechter, als die meisten rheinischen Karnevalspossen. (Oho!) In Bezug auf die Sittlichkeit wird übrigens durch die vorgeschlagene Aenderung gar nichts erreicht, die Aenderung bezieht sich lediglich auf die artistische und finanzielle Seite der Theaterunternehmungen. Zu bedauern ist allerdings, daß an manchen Orten seit der Gewerbeordnung in Bezug auf die Theater eine Praxis eingeführt ist, als wenn für die Theater gar keine Schranken mehr bestehen. Aber die Einführung des Monopols für die Hoftheater ist doch nicht geeignet, die Institute in künstlerischer Beziehung zu heben. Was nützen uns diese Hoftheater, die nur noch da sind für unsere Börsenkönige, und andere Leute keine Billets bekommen? Die Klagen über das Theater sind doch nicht neu, schon Schiller hat über den Niedergang des Theaters geklagt. Das Theater ist immer so gut und so schlecht wie der Geschmack des Publikums. Es ist zu bedauern, daß die reichen Klassen gar nichts für das Theater thun, soll eine Besserung eintreten, so muß sich in den weitesten Kreisen ein größeres Interesse für das Theater kundgeben. Redner verweist auf die Rheinprovinz, wo selbst die katholischen Geistlichen für Volksbelustigungen sich interessiren. Er bedauert, daß das Haus sich zu einer so einschneidenden Maßregel zu entschließen im Begriffe ist, auf einen mündlichen Bericht hin, der nicht einmal anführt, was an der bestehenden Gesetzgebung geändert werden soll, Redner bittet, den Antrag abzulehnen, event. denselben zur Erstattung eines schriftlichen Berichts an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Windthorst legt den Schwerpunkt darauf, daß den Schankwirthschaften die Gelegenheit zur Aufführung theatralischer Vorstellungen absolut abgeschnitten wird. Es sei auch unzweifelhaft, daß in fast allen größeren Städten viel zu viel Theater vorhanden sind. Das sei in Berlin der Fall, wo ein Theil der Theater weder als Kunststätten, noch als Erholungsstätte angesehen werden könnte; ebenso in Hannover, wo jetzt drei Theater vorhanden seien. Wenn er etwas zu sagen hätte, dann dürfte in Hannover nur das Hoftheater bestehen bleiben. Solle es aber besser werden, dann sei es an der Zeit, daß die hohen Stände einen besseren Geschmack sich aneignen. Er hätte allerdings gewünscht, daß die Kommission sich nicht blos damit beschäftigt hätte, die Polizeiorgane zu stärken, sondern daß sie nebenbei auch Garantien geschaffen hätte, welche den Mißbrauch der Polizeigewalt ausschließen. Indeß müsse er sich bescheiden, da nach der gegenwärtigen Geschäftslage des Hauses sonst gar nichts geschehen würde. Er werde dem Antrage zustimmen, denn wenn derselbe auch nicht alle Wünsche erfülle, so werde er doch den Anfang zur Besserung machen. Die Generaldebatte wird geschlossen. Ein Antrag Richter auf Absetzung der zweiten Berathung von der heutigen Tagesordnung wird abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Zurückverweisung des Antrages an die Kommission, und sofort in die zweite Berathung eingetreten.

Abg. Dr. Reichensperger (Köln) wendet sich gegen das Unwesen der Tingeltangel und der Cafés chantants, durch welche der wahre und echte Volkshumor in keiner Weise verkörpert werde. Leider sei die Sittenverderbniß bis in die höchsten Spitzen der Gesellschaft gedrungen. Die katholischen Geistlichen lieben ein heiteres, lustiges Volk; der frühere Erzbischof Clemens von Koblenz habe selbst ein Theater erbaut mit der Ueberschrift „Musis, moribus, publicae laetitiae." Auch die Polizei liebe einen heiteren Volkscharakter und einen gesunden Humor. Es sei von den Machtbefugnissen der Polizei auf diesem Gebiete nichts zu befürchten und deshalb bitte er, den Antrag anzunehmen.

Abg. Richter (Hagen) wendet sich namentlich gegen den Abg. Windthorst, der früher einmal gesagt habe, wenn er etwas zu sag n hätte, dürfte man Branntwein nur auf Anweisung der Aerzte aus den Apotheken beziehen. Heute sage wieder Windthorst: wenn er zu bestimmen hätte, dürfte in Hannover nur das Hoftheater bestehen bleiben. Zum Glück habe Herr Windthorst zwar viel, aber doch nicht Alles zu sagen, und das tröste ihn (Redner). (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lasker beleuchtet den Kommissionsantrag in juristisch scharfer Weise. Er konstatirt, daß die bestehende Gesetzgebung durch ihren Konzessionszwang und durch die polizeiliche Theatercensur alle Handhaben zu einer in artistischer und moralischer Beziehung völlig ausreichenden Kontrole biete. Es sei zu verhüten, daß die Entwickelung des Theaterwesens überhaupt von dem Ermessen der Verwaltungsbehörde abhängig gemacht werde, wie letzteres bis zu einem gewissen Grade nach der Vorlage der Fall sein würde. Eine Zurückhaltung des Volkes von öffentlichen Vergnügungen durch die Polizei könne leicht zu einer Periode allgemeiner öffentlicher Heuchelei führen. Wolle man das Theaterkonzessionswesen neu regeln, dann müsse man überlegter vorbereiten, als mit diesem mündlichen Antrag. Lassen Sie sich, meine Herren von der konservativen und Centrumspartei, gleich beim Beginn Ihrer reaktionären Aera von den Liberalen einen Rath geben, überstürzen Sie sich nicht, Sie wirthschaften sonst zu rasch ab. (Beifall links. Unruhe rechts.)

Abg. v. Helldorff verwahrt die konservative Partei gegen den Vorwurf, eine reaktionäre Aera einleiten zu wollen. Wenn man aber das Bestreben, anerkannte Uebelstände zu beseitigen, als reaktionär bezeichne, dann lasse er sich diese Bezeichnung gern gefallen.

Abg. Richter (Hagen) beantragt: 1) im Kommissionsantrag die Worte: „insbesondere in artistischer, sittlicher und finanzieller Hinsicht" zu streichen; eventuell „artistischer", sowie „und finanzieller" zu streichen; 2) dem Kommissionsantrag folgenden Zusatz zu geben: „Beschränkungen auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen sind unzulässig."

Die Anträge werden gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, der Nationalliberalen, der Welfen abgelehnt und sodann in namentlicher Abstimmung der Antrag der Kommission mit 125 gegen 90 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmen Fortschritt, Nationalliberale, Sozialdemokraten, Welfen.

Es folgt der zweite Antrag betreffend die Abänderung der Bestimmungen über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, über den Gewerbebetrieb der Auktionatoren und über die Wanderlager.

Referent Abg. Schmiedel empfiehlt die Anträge der Kommission, die dahin gehen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1) über das Ergebniß der Erörterungen, welche von ihm in Folge des vorjährigen, eine Abänderungen der bestehenden Vorschriften wegen des Gewerbebetriebes der Auktionatoren betreffenden Kommissionsbeschlusses eingeleitet sind, eventuell unter Vorlegung eines bezüglichen Gesetzentwurfs Mittheilung zu machen;

2) bei der in Aussicht gestellten Revision des Titels 3 der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen die Fragen über die Wanderlager und die Auktionen von Waaren eines Wanderlagers mit zur Erledigung zu bringen und dabei die Anträge von Seydewitz und Genossen zur Erwägung zu empfehlen. Endlich

3) in Erwägung des Bundesrathsbeschlusses vom 27. März 1879 und der von den einzelnen Bundesstaaten auf Grund dieses Beschlusses bereits getroffenen legislatorischen Maßregeln den Antrag Seydewitz (Besteuerung der Wanderlager) als erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Baumbach spricht sich gegen die Anträge aus, Abg. Ackermann für dieselben.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Richter-Hagen hatte vorher die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt, auf einen Namensaufruf aber verzichtet.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Berathung des Samoagesetzes; erste Berathung des Gesetzes über die Reichsstempelsteuer.

Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 26. April. In öffentlichen Blättern kehrt noch immer das Gerücht wieder, daß Veränderungen in den hohen Reichsämtern bevorstehen. Namentlich wird immer wieder der Rücktritt des Staatssekretärs Stephan in Aussicht gestellt. Es wird mir auf das Bestimmteste versichert, daß alle diese Annahmen jeder Begründung entbehren. In Verbindung mit diesen unrichtig angekündigten Personalveränderungen wird auch die Annahme wieder vorgebracht, es solle ein sogen. Reichs-Verkehrsministerium errichtet werden. Man versteht darunter die Vereinigung der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung mit der Verwaltung der preußischen Staatsbahnen und der Eisenbahnen in den Reichslanden unter einem und demselben Chef. Auch die Annahme ist völlig irrig, daß dieser Plan neuerdings noch irgendwie in Frage stehe. Schon die ungeheure Arbeitslast, welche dem Chef dieser vereinigten großen Verwaltungszweige erwachsen müßte, verbietet jeden Gedanken, einem solchen Plane näher zu treten.

Der Artikel, welchen am Sonntag die „N. A. Z." brachte und worin gemeldet wurde, daß nur ein akutes neuralgisches Leiden den Reichskanzler verhindert habe, für die Vorlage betr die Unterstützung der deutschen Seehandels-Gesellschaft persönlich einzutreten, und daß es völlig falsch sei, anzunehmen, die Regierung lege auf die Annahme dieser Vorlage im Reichstage keinen Werth, ist offenbar autorisirt und daher für die richtige Beurtheilung der Stellung der Reichsregierung von unverkennbarer Wichtigkeit. Es ist daher durchaus unrichtig und wohl auf einen taktischen Kniff zurückzuführen, wenn in einigen Korrespondenzen die Verwerfung der Vorlage als etwas den Bundesregierungen Gleichgültiges hingestellt wird.

Berlin 26. April. Die englische Ministerkrisis ist beendet. Mr. Gladstone ist der Aufforderung der Königin, ein Kabinet zu bilden, nachgekommen, ist zum ersten Lord des Schatzes und Kanzler der Schatzkammer ernannt und darauf von Ihrer Majestät zum Handkuß zugelassen worden. Nach zweistündiger Audienz verließ er am Freitag Windsor Castle und begab sich nach London zurück, wo er von der seiner harrenden Menge mit Jubel begrüßt wurde.

Bisher hat der neue Premier folgende Ministerernennungen vollzogen:

Lord Granville, Staatssekretär des Aus-

wärtigen, Lord Hartington, Staatssekretär für Indien, Childers, Staatssekretär des Krieges, Lord Northbrook, erster Lord der Admiralität, und Lord Selborne, Lordkanzler.

Die politische Laufbahn der Genannten ist bekannt. Das Kabinet besteht diesmal nur aus 12 Mitgliedern, da Gladstone die Aemter eines first Lord of the treasury und Chancellor of the Exchequer in sich vereinigt hat; es sind also außer den oben genannten noch 6 Mitglieder zu ernennen, und zwar der Präsident des Geheimen Raths, der Lordsiegelbewahrer, der Staatssekretär des Innern, der Staatssekretär des Kolonial-Amtes, der Generalpostmeister und der Präsident des Handelsamtes.

Die europäische Bedeutung dieses Regierungswechsels ist im Laufe der letzten Wochen in unserer Zeitung von den verschiedensten Seiten beleuchtet worden, so daß wir heute darauf verzichten können, dieselbe von Neuem zu charakterisiren Jetzt haben die Thaten des neuen Kabinets zu sprechen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dasselbe jedoch nicht in der Lage, vor Ablauf der nächsten Monate weder in der auswärtigen, noch in der inneren Politik Maßregeln zu treffen, welche geeignet sind, den Gegensatz zwischen der Politik Gladstone's und der Beaconsfields ins rechte Licht zu stellen. Daß Gladstone für sich das Schatzkanzleramt in Anspruch genommen, hat überall befriedigt, indem er mit diesem zugleich das Amt eines ersten Lord des Schatzes übernommen, hat er den bis zur Zeit Robert Peels geltenden Brauch wieder rehabilitirt, wonach der Premier, wenn er Mitglied des Unterhauses war, für gewöhnlich diese beiden Aemter in sich vereinigte. Der Posten eines ersten Lords des Schatzes ist ein bloßes Ehrenamt was Verwaltungsmühen betrifft, und deshalb ist er für den ersten Minister der Krone reservirt, obwohl er in Bezug auf bloßen Titelvorrang einigen anderen von rein ceremoniellem Charakter nachsteht. Auch die Ressortarbeit eines Schatzkanzlers ist ausgenommen die Zeit, wo das Budget vorbereitet wird, verhältnißmäßig leicht, daher in letzter Zeit dieser Posten dem Führer des Unterhauses zugefallen ist, wenn der Premier ein Peer war. Gladstone hat aber, wenn er diese beiden Aemter und die Führerschaft des Unterhauses wieder übernommen, sich eine herkulische Arbeit aufgebürdet und seine Freunde hegen Befürchtungen, ob seine Gesundheit dieser Aufgabe gewachsen sein werde.

Alle Welt wünscht und die Genossen des Premiers zumeist, daß Gladstone in erster Linie seine unermüdliche Arbeitskraft den finanziellen Reformen zuwenden möge. Den freien Frühstückstisch und die Aufhebung der Einkommensteuer hat Herr Gladstone bei der Wahlagitation im Jahre 1874 versprochen. „Aber — fügt „Daily News“, das leitende Blatt der neuen Regierung — diesem Wunsche hinzu, die Finanzreform wird — wir brauchen es kaum zu sagen — nicht die ganze Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehmen. Die Finanzreform wird von Reformen der inneren Gesetzgebung begleitet sein, die ohne sie kaum möglich sind, außerdem wird die Regierung für die auswärtigen Interessen Englands ein wachsames Auge haben, welche ebenfalls gefährdet waren durch die schnelle Einmischung und das furchtsame Nachgeben der Regierung Lord Beaconsfields.“

Daß Lord Granville das auswärtige Amt übernommen, wird als ein sicherer Beweis dafür angesehen, daß von dem neuen Kabinet keine radikale Umwälzung in den Beziehungen Englands zum Auslande zu befürchten ist. Earl Granville wird zugleich die Regierungspartei im Oberhause führen. „Lord Granville's große Kenntniß und Erfahrung, sein Takt und seine Beherrschung aller Hülfsmittel vollendeter Diplomatie werden — bemerkt „Daily News“ — nicht bestritten.“ Lord Granville mag, wenn er gut berathen ist, ehe er seine ersten entscheidenden Schritte macht, wohl auf seine Füße sehen, denn selten hat ein Minister einen glätteren Boden vorgefunden, als denjenigen, der sich jetzt vor ihm aufthut, und wenn er zufällig ausglitte, so würde er zunächst noch wenig mitfühlende Herzen innerhalb der diplomatischen Welt finden.

Noch schwieriger wo möglich ist die Aufgabe für die nächste Zeit für Lord Hartington, den neuen Staatssekretär im indischen Amte, zu bewältigen. Die Lage der Dinge in Afghanistan ist abermals eine sehr prekäre; Lord Lytton, der Träger der indischen Politik der abgetretenen Regierung, verläßt seinen Posten, und ist an seine Stelle Lord Dufferin, der bisherige Botschafter am Petersburger Hofe, zum Vizekönig von Indien designirt. Dadurch muß zunächst in die afghanische Politik ein Moment der Unsicherheit treten, das, wenn es nicht möglichst schnell beseitigt wird, dem Prestige Englands in Asien unberechenbaren Schaden zufügen kann. Ohne Weiteres die englischen Truppen hinter die sogenannte wissenschaftliche Grenze zurück ziehen, kann das neue Kabinet kaum wagen, ohne die Grenzstämme geradezu zur Erhebung gegen die indische Regierung zu provoziren. Es wird also Lord Hartington und dem neuen Vizekönig nichts Anderes übrig bleiben, als die von Lord Beaconsfield und Lord Lytton inaugurirte Politik in gewissen Grenzen wenigstens zu Ende zu führen.

Es mag zum Schluß noch erwähnt werden, daß Gladstone in Folge seiner Ernennung zum Premier sich in Midlothian einer Neuwahl unterziehen muß. Man ist gespannt darauf, ob die Konservativen ihm diesmal in Lord Dalkeith einen Gegenkandidaten gegenüberstellen werden. Liberalerseits lebt man der Hoffnung, daß der Sohn des Herzogs von Buccleuch die in diesem Falle gebräuchliche Etiquette beobachten und von einer Gegenkandidatur abstehen werde.

Das neu gewählte Parlament sollte ursprünglich am 29. April zusammentreten, doch wird in Folge der verzögerten Bildung des Kabinets vermuthlich die Eröffnung der Session um einige Tage, vielleicht bis zu dem 4. Mai, verschoben werden.

— Die spanische Regierung hat die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch aus Deutschland und den Vereinigten Staaten verboten.

Ausland.

Petersburg, 23. April. Ueber die Urheber des Verbrechens im Winterpalast hat die mit der Untersuchung dieser Angelegenheit betraute Kommission neuerdings Fäden in die Hand bekommen, die bald zur Auffindung der Hauptschuldigen führen werden oder schon geführt haben. Der Mensch, welcher sich in dem Quartier der Tischler eingenistet hatte, soll aus Charkow stammen. Man wünscht indessen nicht, daß Nachrichten über den Gang der Untersuchung in die Oeffentlichkeit dringen, damit die natürlich alle mit Pässen versehenen und der Polizei noch nicht bekannten Mitschuldigen nicht Gelegenheit nehmen, in das Ausland zu entfliehen. Keiner der in Haft befindlichen Sozialisten hat bis jetzt einen seiner Parteigenossen verrathen, und die Polizei sah sich daher genöthigt, alle diejenigen Personen gefänglich einzuziehen, mit denen sie in irgend welchem Verkehr gestanden. Viele Gefangene sind entlassen, dagegen fast eben so viele wieder verhaftet worden.

Heute hat sich auch das Eis im Kronstädter Meerbusen in Bewegung gesetzt.

Petersburg, 25. April. Der vielgenannte Prozeß Weymar wird, wie ich erfahre, nicht am 27. d. M., wie anfänglich bestimmt, sondern erst nach Ostern, am 14. oder 15. Mai, zur Verhandlung gelangen. Ebenfalls nach Ostern stehen größere Umwälzungen in den oberen Regionen des Ministeriums des Innern in Aussicht. Auf Melikoff's Antrag sollen Reformen im Justizwesen eingeführt und die Administration dem Gerichte vollkommen unterstellt werden. Früher konnte jeder Unterthan, der irgend eines Verbrechens angeklagt, von den Geschworenen indessen freigesprochen wurde, dessen ungeachtet auf administrativem Wege von der dritten Abtheilung oder dem Ministerium des Innern verschickt werden. Diese willkürliche Gefährdung der persönlichen Freiheit wird nun aufhören. Ueberhaupt bekundet Melikoff das Bestreben, die Sicherheit der Person vor Uebergriffen der Beamten-Gewalt festzustellen. Ohne gerichtliches Urtheil darf nicht mehr verschickt werden. Einem Gerüchte zufolge ist die Stellung des Ministers der Volksaufklärung unhaltbar geworden.

Provinzielles.

Stettin, 27. April. Seitens des Gewerkraths Herrn Härtel hierselbst ist auf Grund des bezügl. Gesetzes angeordnet worden, daß in allen denjenigen Gewerbe-Werkstätten, welche zu den Fabriken gezählt werden, ein Aushang an sichtbarer Stelle aufgehängt wird, welcher die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter enthält und ein zweiter Aushang, auf welchem die jugendlichen Arbeiter von 12—16 Jahren verzeichnet, resp. fortgeführt werden. Bis zur Revision, welche Mitte Mai stattfindet, müssen, bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe, die Plakate in den Arbeitsräumen angebracht sein.

— Die Gerichtsferien werden in diesem Jahre zum ersten Mal im ganzen deutschen Reich zugleich anfangen und eine gleiche Dauer haben, und zwar nach der Vorschrift des § 201 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 15. Juli bis zum 15. September, also volle 2 Monate. Während dieser Ferien werden nur in Feriensachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen werden.

— Für diejenigen Thiere, welche auf der am 5. und 6. Mai d. J. in Berlin stattfindenden 6. Mastvieh-Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den preußischen Staatsbahnen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport an den Aussteller auf derselben Route innerhalb acht Tagen nach Schluß der Ausstellung aber frachtfrei erfolgt.

— Gestern Nachmittag fand der Klempnermeister Wilhelm Braun, Unter-Bredow Auguststraße 6b part. wohnhaft, seinen Tod durch Herabstürzen von dem dem Zimmermeister Heider gehörigen, Deutsche- und Fichtestraßen-Ecke befindlichen Neubau. Derselbe, welcher ein sehr fleißiger und ordentlicher Mann war und seine Familie durch seiner Hände Arbeit nur mit Hülfe seines ältesten Sohnes redlich ernährte, hinterläßt außer der Frau noch 13 unmündige Kinder, wovon das jüngste 7 Wochen alt ist. Es thut hier schnelle Hülfe noth, weshalb wir nicht unterlassen können, an die Mildthätigkeit unserer geehrten Mitbürger zu appelliren.

— In der Zeit vom 18. bis 24. April sind hierselbst 19 männliche, 15 weibliche, in Summa 34 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 16 Kinder unter 5 und 12 Personen über 50 Jahre.

— Der Kahnknecht Karl Heinrich Jakopke aus Bojadel bei Grünberg in Schlesien, welcher bei dem Kahnschiffer Keilmann in Pommerensdorf in Dienst stand, wurde gestern Abend dabei betroffen, wie er von dem Kahne seines Dienstherrn mit ca. 6 Ctr. Kartoffeln abfahren wollte; er gab zu, die Kartoffeln nach und nach von seinem Herrn entwendet zu haben ud wurde deshalb verhaftet.

Vermischtes.

— Zur Beleuchtung der Prager Universitäts-Frage bringt ein mährisches Blatt folgende schlagende Anekdote: Der berühmte Physiolog und eifrige Slavist Purkynje wurde von der Breslauer Universität nach Prag berufen. Bald darauf drangen die Czechen in ihn, er möge ein Publikum in czechischer Sprache lesen. Der höchst liebenswürdige Mann willigte ein. Der Hörsaal war gedrängt voll, aber schon nach den ersten Sätzen seiner Vorlesung war der Professor gezwungen, zu fragen: „Panové jak se to riká na cesky?“ (Meine Herren, wie bezeichnet man das auf Böhmisch?), indem ihm die technische Bezeichnung des Gegenstandes fehlte. Das wiederholte sich sehr oft, manchmal konnten ihm die Zuhörer aushelfen, sehr häufig auch nicht, was dann jedesmal Gelächter hervorrief. In der dritten Vorlesung begann er: „Meine Herren, wir wollen lieber Deutsch sprechen.“ Und so geschah es auch zur Befriedigung des Lehrers und der Schüler. Augen- und Ohrenzeuge lebt in Brünn. Man erzählt, daß sich solche Scenen oft bei den Dozenten wiederholen.

— (Stoff zu einem Roman.) In einer Stadt des südlichen Frankreichs versah der jugendliche Georges D. das Amt eines untergeordneten Postbediensteten. Sein Gehalt war sehr klein, daher die Versuchung eines Angriffes auf die Kasse sehr groß. Er erlag auch der Versuchung und floh mit dem veruntreuten Gelde. Nachdem das Geld verbraucht war, trieb ihn die Angst in's väterliche Haus, wo er seine Schuld eingestand. War man hier auch im ersten Augenblicke sehr unangenehm überrascht, so dachte man doch sofort an die Rettung des Kindes und verfiel dabei — Georges war erst 17 Jahre, schmächtig und im Gesicht wie von Milch und Blut — auf eine bizarre Idee. Georges ward in eine Georgette verwandelt und durch einen bewährten Freund in Paris in einem großen Modewaaren-Magazin des Foubourg St. Denis als Lehrmädchen untergebracht. Das Lehrmädchen zeigte sich sehr linkisch, doch mit einem Mädchen aus der Provinz, das zum ersten Male das Vaterhaus verlassen, mußte man nachsichtig sein. Und so schüchtern benahm sich die Kleine. Sie zog Abends nach gethaner Arbeit sich scheu von den übrigen Mädchen zurück unter dem Vorwande, Niemandem zur Last fallen zu wollen. Nach einigen Monaten bewegte sie sich schon etwas freier, hielt aber streng auf Anstand. Ein Magazinsdiener, der an ihr Gefallen gefunden, erlaubte sich einige Freiheiten, wurde aber so derb zurechtgewiesen, daß er den höchsten Respekt vor der Tugend Georgetta's bekam. Indeß hatte aber die Untersuchung über den Abgang in der Postkasse ihren Fortgang genommen, und durch Briefe, die von den Eltern Georges nach Paris gingen, erfuhr man den Aufenthalt und die Metamorphose. Eines schönen Tages mußte Georgette trotz des Protestes der Geschäftsinhaberin, welche für die Solidität des Mädchens nach jeder Richtung einstand, in das Büreau der Sicherheitspolizei wandern. Ihre früheren Kameradinnen waren trostlos darüber, daß sie sich derart hatten irreführen lassen.

— Die folgende Geschichte giebt ein sprechendes Beispiel von „Galgenhumor“ im wahren Sinne des Wortes. In einer Stadt Ungarns, wo das Standrecht proklamirt ist, wurde dieser Tage ein Verbrecher zum Tode durch den Strang verurtheilt. Als dem Sünder die Todesstrafe verkündet und zugleich der Beschluß der Behörde kundgethan wurde, wonach vom Einreichen eines Gnadengesuches beim König Abstand genommen werden müsse, damit ein Exempel statuirt werde, stellte der Präsident des Gerichtshofes an den Delinquenten die übliche Frage, ob er noch einen Wunsch hätte, der ihm gewährt werden könnte. Der Gefragte antwortete kaltblütig: „Ich wünsche in Raab aufgehängt zu werden“, bekanntlich der Stadt, wo vor wenigen Tagen ein Gehenkter zum Leben erwachte.

— Ein begeisterter Verehrer der spanischen Stiergefechte ist in Altona aufgetaucht. Dort hat ein biederer Schlächtermeister an die Polizeibehörde das Ersuchen gerichtet, ihm die Aufführung spanischer Stiergefechte zu gestatten. Er will dazu Matadore und Stiere aus Madrid verschreiben, doch soll es bei den Gefechten ohne jede Gefahr abgehen. Das Resultat des Bescheides kann man sich wohl denken. Der brave Altonaer Schlächter wird sich also mit dem Niederschlagen der Ochsen in seinem Schlachthause begnügen und auf Stierschlächtereien im größeren Maßstabe Verzicht leisten müssen.

Literarisches.

Komisch, heiter und so weiter, Verl. von Friese, Leipzig.

Willy, der Schlosserstift, oder des Handwerkers Lehrjahre. Costenoble, Bern. Allen Freunden des Humors können wir diese kleinen Werke warm empfehlen; Jeder wird darin Stoff zum Lachen und zur Erheiterung finden. [57. 69]

Ammon's Brunnendiätetik. 7. Auflage, herausgegeben von Dr. H. Reimer. Verlag von Hirzel-Leipzig.

In dieser neuesten Auflage hat der Herausgeber den Stoff in zwei Theile zerlegt, von welchen der erste die Anweisungen zum Brunnen- und Bädergebrauch, der zweite aber einen alphabetisch geordneten Führer an die Heilquellen und Badeorte Mitteleuropas enthält. Dieses Bäder-Lexikon giebt in knapper Form Auskunft über die Hinreise nach dem Badeorte, über dessem ökonomische Verhältnisse, über dessen ärztliches Personal und über die charakteristische Heilwirkung der einzelnen Quelle und bezweckt damit, den Kurgast schon vor Antritt seiner Reise in alle ihn interessirenden Dinge einzuweihen. [53]

Maier-Rothschild. Handbuch der gesammten Handelswissenschaften für ältere und jüngere Kaufleute. Zweite neu bearbeitete Auflage. Vollständig in genau 21 Lieferungen à 50 Pf., welche nach und nach bezogen werden können, oder gebunden in zwei schönen Leinenbänden mit Gold und Reliefdruck 12 Mark. — Stuttgart. Verlag von Julius Maier.

In der Zeit des allgemeinen Fortschritts, in der namentlich die Gebiete des Handels und Verkehrs eine immer größere Bedeutung gewinnen, wo der Kaufmann, der Industrielle mehr als früher mit Konkurrenz zu kämpfen und hohe Lasten zu tragen haben — ist es gewiß erfreulich, ein gediegenes, leichtfaßliches Handbuch für diese Kreise erscheinen zu sehen, welches ihnen als praktischer Rathgeber die Wege der einfachsten, umsichtigsten und schnellsten Erledigung ihrer Berufsthätigkeit zeigt, ein Werk, welches in Kürze alle Einzelheiten des kaufmännischen Wissens klar und übersichtlich behandelt und dadurch die größeren vielbändigen, meist älteren Werke ähnlicher Art entbehrlich macht.

Soll dasselbe einestheils ein umfassendes Lehrbuch für die jüngere Handelswelt bilden, so wird es anderntheils auch dem praktischen Kaufmanne, ja selbst dem Juristen als Nachschlag- und Hülfsbuch in vielen Fällen merkliche Dienste leisten und manches Neue bieten. Die Verlagshandlung giebt auf Verlangen jedem Interessenten ein ausführliches Inhaltsverzeichniß gratis und franco ab. Wir selbst können diesem Unternehmen nur unsere beste Empfehlung widmen, um so mehr, als die jetzigen Geschäftsverhältnisse den Handelsstand ganz besonders darauf anweisen, sein Heil in der Erweiterung des Wissens und der damit verknüpften Möglichkeit zu suchen, den Wirkungskreis zu vermehren und dadurch die allgemein erhöhten Anforderungen zu erfüllen. [46]

Viehmarkt.

Berlin, 26. April. Es standen zum Verkauf: 2134 Rinder, 5928 Schweine, 1374 Kälber, 12,605 Hammel.

Das heutige Geschäft verlief bedeutend glatter und angenehmer als in der Vorwoche; der Auftrieb war, speziell bei Rindern und Schweinen, um ein Erhebliches geringer ausgefallen und der Begehr für Export und Lokalbedarf in Folge der kühleren Witterung wieder reger geworden, so daß bei steigenden Preisen wenig oder gar kein Ueberstand verblieb.

Rinder: Feinste Qualität 60—62, Prima 52—54, Sekunda 45—47 und Tertia 35—38 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine: Beste Mecklenburger und Pommern 57—58, Landvieh 51—56, Russen 50—52 Mk. pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent; Bakuner circa 60 Mark bei 40 Prozent Tara.

Kälber: 50—60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel: 50—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Weimar, 26. April. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Abend, von Dresden kommend, hier eingetroffen und von dem Großherzoge auf dem Bahnhofe empfangen worden.

Augsburg, 26. April. Nach einer Meldung der „Allg. Ztg.“ hat der König den bisherigen baierischen Geschäftsträger bei der russischen Regierung, Grafen Fugger, abberufen und denselben zum Ministerialrath im Ministerium des Auswärtigen ernannt. Der bisherige Legationsrath bei der diesseitigen Gesandtschaft am italienischen Hofe, Frhr. v. Tautphoeus, ist zum Geschäftsträger bei der russischen Regierung ernannt worden.

Wien, 26. April. Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Debatte über das Budget für die Volksschulen widerlegte der Unterrichtsminister v. Eybesfeld die Anschauung, daß in seinen Reformplänen sich ein reaktionärer Hintergedanke verberge. Die beabsichtigten Reformen seien lediglich pädagogischer Natur und nur von der Erfahrung im Interesse der Durchführung der Schulgesetze, aber keineswegs von Parteiinteressen, diktirt.

Wien, 26. April. Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Bukarest: Der Minister des Innern, Cogalniceano, hat seine Entlassung genommen; der Minister des Auswärtigen, Boerescu, dürfte seinem Beispiele folgen, um dem Ministerpräsidenten Bratiano die Bildung eines homogenen nationalliberalen Kabinets zu erleichtern.

Pest, 26. April. Abgeordnetenhaus. Nach Erledigung des Budgetvoranschlages legte der Finanzminister das Finanzgesetz pro 1880 vor; dasselbe weist ein Defizit von 19,900,000 Fl. auf, welches durch die noch unbegebenen 15 Millionen Goldrente und durch den Erlös aus den zu verkaufenden Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gedeckt werden soll.

Bukarest, 26. April. Falcojano, Dr. Calenderu und der ehemalige Minister Statesco sind zu Administratoren der rumänischen Eisenbahnen mit den Befugnissen von Direktoren ernannt worden. Dieselben werden ihre Funktionen am 1. Mai beginnen.

Der „Pressa“ und dem „Romanul“ zufolge soll Cogalniceano rumänischer Gesandter in Paris werden. Der Konseilpräsident Bratiano würde das Ministerium des Innern und bis zur Rekonstruktion des Kabinets interimistisch das Ackerbauministerium übernehmen.

Belgrad, 26. April. Der Fürst hat nunmehr den Oberst Zdravovic zum interimistischen Minister für öffentliche Arbeiten ernannt; die sonstigen Gerüchte über eine angebliche Ministerkrisis entbehren der Begründung.

Wiesbaden, 26. April. Die Frau Großherzogin von Baden wird heute Abend hier eintreffen und während der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers hierselbst verweilen.